

Ordnung für die Eignungsprüfung Darstellendes Spiel der Universität Koblenz-Landau

Vom 26. Juni 2014* i.d.F. vom 29. Oktober 2014**

Aufgrund des § 86 Abs. 2 Nr. 3 des Hochschulgesetzes (HochSchG) des Landes Rheinland-Pfalz in der Fassung vom 19. November 2010 (GVBl. S. 463), BS 223-41, zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Juni 2013 (GVBl. S. 157), BS 223-42, haben die Räte der Fachbereiche 1: Bildungswissenschaften, 2: Philologie / Kulturwissenschaften und 5: Erziehungswissenschaften die folgende Ordnung für die Eignungsprüfung Darstellendes Spiel der Universität Koblenz-Landau beschlossen. Diese Ordnung hat der Präsident der Universität Koblenz-Landau am 29. Oktober 2014 genehmigt. Sie wird hiermit bekannt gemacht.

Inhaltsübersicht

- § 1 Zweck der Eignungsprüfung
- § 2 Antrag, Ort und Zeit der Prüfung
- § 3 Gliederung der Eignungsprüfung
- § 4 Prüfungsausschuss / Prüferinnen und Prüfer
- § 5 Schriftliche Prüfung
- § 6 Praktische Prüfung
- § 7 Bewertung der Prüfungsleistungen
- § 8 Gesamtergebnis
- § 9 Niederschrift
- § 10 Mitteilung des Gesamtergebnisses
- § 11 Ausschluss von der Eignungsprüfung
- § 12 Wiederholungsprüfung
- § 13 Unterbrechung, Rücktritt und Leistungsverweigerung
- § 14 Einsicht in die Prüfungsakten
- § 15 Inkrafttreten

§ 1

Zweck der Eignungsprüfung

(1) Die besondere künstlerische Eignung, die für den lehramtsbezogenen Zertifikatsstudiengang im Fach Darstellendes Spiel erforderlich ist, wird durch das Bestehen einer Eignungsprüfung nachgewiesen.

(2) Die Bestimmungen über die Vergabe von Studienplätzen sowie die Bestimmungen über die allgemeinen Zugangsvoraussetzungen zum Hochschulstudium bleiben unberührt (§ 2 der Ordnung für die Prüfung im lehramtsbezogenen Zertifikatsstudiengang (Erweiterungsprüfung) an der Universität Koblenz-Landau) vom 1. März 2012 (Mitteilungsblatt 2/2012 der Universität Koblenz-Landau), zuletzt geändert am 29. Oktober 2013 (Mitteilungsblatt 7/2013 der Universität Koblenz-Landau)).

* Veröffentlicht im Mitteilungsblatt 3/2014 der Universität Koblenz-Landau, S. 5

** Veröffentlicht im Mitteilungsblatt 7/2014 der Universität Koblenz-Landau, S. 30

§ 2

Antrag, Ort und Zeit der Prüfung

(1) Die Teilnahme an der Eignungsprüfung erfolgt auf Antrag. Der Antrag ist zu richten an den Prüfungsausschuss (§ 4); er muss für eine Einschreibung am Campus Koblenz zum Sommersemester bis zum 15. November (Ausschlussfrist) und für eine Einschreibung am Campus Landau zum Wintersemester bis zum 15. Mai (Ausschlussfrist) eingegangen sein. Der Antrag ist zusammen mit der schriftlichen Kurzkonzeption (§ 5) sowie einer Beschreibung der künstlerisch-pädagogischen Vorerfahrungen im Bereich Spiel und Theater einzureichen. Der Antrag enthält Namen, Adresse und die Versicherung, dass die vorgelegten Arbeiten eigenhändig angefertigt wurden.

(2) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses setzt Ort und Zeit der Prüfung fest und teilt dies den Bewerberinnen und Bewerbern rechtzeitig mit.

§ 3

Gliederung der Eignungsprüfung

(1) Die Bewerberin oder der Bewerber hat eine schriftliche Kurzkonzeption zu einem Theaterprojekt mit Jugendlichen einzusenden (schriftliche Prüfung). Das Thema der schriftlichen Prüfung gibt der Prüfungsausschuss am 1. September (Campus Koblenz) und am 1. März (Campus Landau) bekannt. Erst nach bestandener, schriftlicher Prüfung wird die Bewerberin oder der Bewerber zu einer praktischen Eignungsprüfung in Form einer dreistündigen Theaterwerkstatt (praktische Prüfung) eingeladen.

(2) Die besonderen Belange behinderter Studierender zur Wahrung ihrer Chancengleichheit sind zu berücksichtigen. Macht eine Kandidatin oder ein Kandidat glaubhaft, dass sie oder er wegen länger andauernder oder ständiger körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfungen ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, muss die Vorsitzende oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, die Prüfungsleistungen innerhalb einer verlängerten Bearbeitungszeit oder gleichwertige Prüfungsleistungen in anderer Form zu erbringen. Dazu kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden.

§ 4

Prüfungsausschuss / Prüferinnen und Prüfer

(1) Für das Prüfungswesen setzen die Fachbereichsräte der Fachbereiche 1 und 2 in Koblenz und der Fachbereich 5 in Landau jeweils einen Prüfungsausschuss ein.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören mehrheitlich Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer und je ein Mitglied aus der Gruppe der Studierenden, der akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an. Die oder der Vorsitzende und ihre oder seine Stellvertreterin oder ihr oder sein Stellvertreter müssen Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer sein. Im Falle der Stimmgleichheit gibt die Stimme der oder des Vorsitzenden den Ausschlag. Bei Abstimmungen über Prüfungsleistungen ist § 25 Abs. 5 HochSchG anzuwenden. Die Amtszeit des studentischen Mitglieds beträgt ein Jahr, die der übrigen Mitglieder drei Jahre.

(3) Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Bestimmungen der Eignungsprüfungsordnung eingehalten werden. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, der Prüfung beizuwohnen. Dieses Recht erstreckt sich jedoch nicht auf die Bekanntgabe der Note.

(4) Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung von Aufgaben der oder dem Vorsitzenden übertragen. Die oder der Vorsitzende ist befugt, in unaufschiebbaren Angelegenheiten Entscheidungen und Maßnahmen anstelle des Prüfungsausschusses zu treffen; hiervon ist der Prüfungsausschuss unverzüglich zu unterrichten.

(5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn die oder der Vorsitzende oder deren Stellvertreterin oder dessen Stellvertreter und die Mehrheit der Mitglieder anwesend sind und die Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer über die Mehrheit der Stimmen verfügen. Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch die oder den Vorsitzenden zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Belastende Entscheidungen des Prüfungsausschusses sind der oder dem betroffenen Studierenden unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Der Bescheid ist mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(7) Prüferinnen und Prüfer sind die das jeweilige Fachgebiet vertretenden Hochschullehrerinnen oder Hochschullehrer. Professorinnen oder Professoren im Ruhestand, Honorarprofessorinnen oder Honorarprofessoren, Habilitierte, Juniorprofessorinnen und -professoren, wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter mit Aufgaben gemäß § 56 Abs. 1 S. 2 HochSchG, Lehrkräfte für besondere Aufgaben sowie Lehrbeauftragte können vom Prüfungsausschuss zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden; sie müssen in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfungsleistung bezieht, eine Lehrtätigkeit an einer Hochschule ausüben oder ausgeübt haben. Ferner können in besonderen Fällen in der beruflichen Praxis erfahrene Personen zu Prüferinnen oder Prüfern bestellt werden, wenn sie in dem Fachgebiet, auf das sich die Prüfungsleistung bezieht, über nachgewiesene einschlägige berufspraktische Erfahrungen verfügen. Für Prüferinnen und Prüfer gilt Abs. 5 S. 3 und 4 entsprechend.

§ 5 Schriftliche Prüfung

(1) Die Bewerberin oder der Bewerber hat zum festgesetzten Termin (§ 2) eine schriftliche Kurzkonzeption zu einem Inszenierungsprojekt mit Jugendlichen zu dem festgelegten Thema einzusenden. Die Konzeption soll in Form einer Präsentation erstellt werden und max. 20 Folien enthalten. Sie enthält neben der inhaltlichen Beschreibung unter anderem auch Raum- und Ausstattungskonzept, bevorzugte Methodik der Erarbeitung. Die Konzeption kann mit eingebetteten Bild- oder Filmmaterial angereichert werden. Die Präsentation wird in digitaler Form auf einer CD abgeben.

(2) Jede Kurzkonzeption wird von mindestens zwei prüfungsberechtigten Personen beurteilt und jeweils mit einer Note gemäß § 7 versehen. Beurteilungskriterien sind insbesondere: Breite der Grundbegabung, Interpretationsfähigkeit, Originalität, Erfindungsgabe, Vorstellungsvermögen, sprachlicher Ausdrucksvermögen und Entwicklungsfähigkeit, Raumgefühl, visueller Ausdruck, Zusammenhang zwischen eventueller Vorbildung und erreichtem Niveau.

(3) Das Ergebnis der schriftlichen Prüfung wird der Bewerberin oder dem Bewerber schriftlich von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses mitgeteilt. Ist die Note für die schriftliche Prüfung schlechter als „ausreichend“ (4,0) so ist die Eignungsprüfung nicht bestanden; die Teilnahme an der praktischen Prüfung ist ausgeschlossen. In diesem Fall werden die Bewerberinnen und Bewerber auf die Möglichkeit der Wiederholung der Prüfung (§ 12) hingewiesen.

(4) Bewerberinnen oder Bewerber, die die schriftliche Prüfung bestanden haben, werden durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses schriftlich über das Ergebnis der schriftlichen Prüfung informiert und zur praktischen Prüfung eingeladen.

§ 6 Praktische Prüfung

(1) Zu Beginn der praktischen Prüfung haben sich die Bewerberinnen und Bewerber durch Vorlage des Personalausweises zu identifizieren.

(2) In der praktischen Prüfung haben die Bewerberinnen und Bewerber an einer dreistündigen Theaterwerkstatt teilzunehmen. Die Theaterwerkstatt findet in Gruppen zu max. 15 Bewerberinnen und Bewerber statt.

Die Theaterwerkstatt besteht aus drei Bereichen:

1. Angeleitete Improvisationsphase in der Gruppe mit rhythmischem und bewegungstechnischem Schwerpunkt. Hierbei werden körperliches Wahrnehmungs- und Ausdrucksvermögen sowie rhythmische und musikalische Grundfähigkeiten geprüft.
2. Übungs- und Improvisationsphase, bei der jede Bewerberin und jeder Bewerber eine im Vorfeld vorbereitete Übung oder Improvisationsgrundlage mit der gesamten Gruppe oder mit Teilen der Gruppe durchführt. In dieser Phase werden sowohl Ensemblefähigkeit, Selbstständigkeit, soziale Kompetenzen wie auch Spielbereitschaft, schauspielerische Grundbegabung, Leitungskompetenzen, Spontaneität und Kreativität geprüft.
3. Reflexionsphase, bei der die Bewerberinnen und Bewerber nach den von ihnen angeleiteten Szenen den Spielern fundiertes Feedback und Beurteilung geben. Geprüft werden die Fähigkeit zur Reflexion der szenischen Realisation, sprachliche Ausdrucksweise, Empathie, Beobachtungsvermögen und szenisches Verständnis.

(3) Die Leistungen in den drei Bereichen der Theaterwerkstatt werden von mindestens zwei prüfungsberechtigten Personen gesondert beurteilt und jeweils mit einer Note gemäß § 7 versehen. Aus dem Durchschnitt dieser Noten errechnet der Prüfungsausschuss die Note der praktischen Prüfung auf eine Dezimalstelle; eine zweite Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

§ 7 Bewertung der Prüfungsleistungen

Die einzelnen Prüfungsleistungen sind wie folgt zu bewerten:

- | | | |
|------------------|---|--|
| sehr gut (1) | = | eine Leistung, die den Anforderungen in besonderem Maße entspricht; |
| gut (2) | = | eine Leistung, die den Anforderungen voll entspricht; |
| befriedigend (3) | = | eine Leistung, die im Allgemeinen den Anforderungen entspricht; |
| ausreichend (4) | = | eine Leistung, die zwar Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht; |
| mangelhaft (5) | = | eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht. |

Zwischennoten werden nicht festgesetzt.

§ 8 Gesamtergebnis

(1) Im Anschluss an die Festsetzung der Durchschnittsnoten für die praktische Prüfung ermittelt der Prüfungsausschuss das Gesamtergebnis der Eignungsprüfung.

(2) Das Gesamtergebnis der Eignungsprüfung wird aus der Durchschnittsnote für die schriftliche Prüfung und der Durchschnittsnote für die praktische Prüfung auf eine Dezimalstelle errechnet; eine zweite Dezimalstelle bleibt unberücksichtigt.

(3) Die Eignungsprüfung ist nicht bestanden, wenn das Gesamtergebnis schlechter als „ausreichend“ (4,0) ist.

§ 9

Niederschrift

Über den Verlauf der Eignungsprüfung ist eine Niederschrift zu fertigen. In diese sind aufzunehmen:

1. die Namen der Prüferinnen und Prüfer,
2. die Namen der an der praktischen Prüfung teilnehmenden Bewerberinnen und Bewerber,
3. Beginn und Ende der Termine der praktischen Prüfung.
4. Aufgaben und Übungen der praktischen Prüfungen
5. die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen sowie das Gesamtergebnis,
6. besondere Vorkommnisse.

Die Niederschrift ist von den Prüferinnen und Prüfern zu unterzeichnen.

§ 10

Mitteilung des Gesamtergebnisses

(1) Die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gibt dem Bewerber das Gesamtergebnis bekannt. Ist die Eignungsprüfung bestanden, so ist der Bewerberin oder dem Bewerber hierüber unverzüglich ein Zeugnis auszuhändigen, in dem das Gesamtergebnis ausgewiesen ist. Das Zeugnis über die Eignungsprüfung ist bei der Einschreibung für den lehramtsbezogenen Zertifikatsstudiengang vorzulegen, wenn das Fach Darstellendes Spiel studiert werden soll. Die nach dieser Ordnung bestandene Eignungsprüfung berechtigt zum Zugang zum vorgenannten Studiengang in den unmittelbar auf die Prüfung folgenden 6 Semestern. In Fällen besonderer Härte, insbesondere Krankheit, Schwangerschaft oder Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger, kann diese Frist angemessen verlängert werden; hierüber entscheidet der Prüfungsausschuss. Die Gültigkeit verlängert sich auch jeweils um die Zeit eines nach dem Prüfungszeitpunkt erfolgten Wehrdienstes, Zivildienstes oder freiwilligen sozialen bzw. ökologischen Jahres.

(2) Ist die Eignungsprüfung nicht bestanden, so ist dies der Bewerberin oder dem Bewerber schriftlich mitzuteilen. In diesem Fall werden die Bewerberinnen und Bewerber auf die Möglichkeit der Wiederholung der Prüfung (§ 12) hingewiesen.

§ 11

Ausschluss von der praktischen Prüfung

Versucht die Bewerberin oder der Bewerber das Ergebnis einer Prüfungsleistung durch Täuschung zu beeinflussen, so kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die betreffende Prüfungsleistung mit „mangelhaft (5,0)“ bewerten. Eine Kandidatin oder ein Kandidat, die oder der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von der jeweiligen Prüferin oder dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als „nicht bestanden“ (5,0). Die Bewerberinnen und Bewerber sind vor Beginn der praktischen Prüfung darauf hinzuweisen.

§ 12

Wiederholungsprüfung

(1) Hat eine Bewerberin oder ein Bewerber die Eignungsprüfung nicht bestanden oder ist sie oder er gemäß § 11 von der weiteren Teilnahme an der praktischen Prüfung ausgeschlossen worden, so kann sie oder er diese Prüfung bis zu zweimal wiederholen.

(2) Im Rahmen der Eignungsprüfung erbrachte Leistungen werden bei der Wiederholungsprüfung nicht angerechnet.

§ 13

Unterbrechung, Rücktritt und Leistungsverweigerung

(1) Ist die Bewerberin oder der Bewerber durch Krankheit oder sonstige von ihr oder ihm nicht zu vertretende Umstände an der Ablegung der Prüfung, eines Prüfungsteils oder an der Erbringung einer einzelnen Prüfungsleistung gehindert, so hat sie oder er dies der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unverzüglich in geeigneter Weise anzuzeigen und nachzuweisen; in Krankheitsfällen kann die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses die Vorlage eines ärztlichen Attests verlangen.

(2) Unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 entscheidet die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, ob eine von der Bewerberin oder dem Bewerber nicht zu vertretende Verhinderung und damit eine zulässige Unterbrechung der Prüfung vorliegt. Wird die Unterbrechung als zulässig anerkannt, so hat die Bewerberin oder der Bewerber die Prüfung an einem von der oder dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu bestimmenden Termin fortzusetzen; andernfalls gilt die begonnene Prüfung als nicht bestanden.

(3) Der Rücktritt einer Bewerberin oder eines Bewerbers von der Prüfung ist nur in begründeten Ausnahmefällen mit Genehmigung der oder des Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zulässig. Tritt die Bewerberin oder der Bewerber ohne eine solche Genehmigung von der Prüfung zurück, so gilt die Prüfung als nicht bestanden. Bei genehmigtem Rücktritt gilt die betreffende Prüfung als nicht begonnen.

(4) Verweigert die Bewerberin oder der Bewerber eine einzelne Prüfungsleistung, so wird die verweigerte Prüfungsleistung mit „mangelhaft (5,0)“ bewertet. Diese Feststellung trifft die oder der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

§ 14

Einsicht in die Prüfungsakten

Die Bewerberin oder der Bewerber kann frühestens 14 Tage nach Abschluss der Prüfungen für die Dauer von einem Jahr Einsicht in ihre oder seine Prüfungsakten nehmen.

§ 15

Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Universität Koblenz-Landau in Kraft.

Mainz, den 29. Oktober 2014

Die Dekanin des Fachbereichs 1:
Bildungswissenschaften
Prof. Dr. Claudia Quaiser-Pohl

Der Dekan des Fachbereichs 5:
Erziehungswissenschaften
Prof. Dr. Norbert Wenning

Der Dekan des Fachbereichs 2:
Philologie / Kulturwissenschaften
Prof. Dr. Michael Klemm